

Stadtverordnetenversammlung am 02. Juli 2025

In ihrer letzten Sitzung vor der Sommerpause befasste sich die Stadtverordnetenversammlung erneut mit einer Vielzahl von Anträgen und Beschlüssen.

Ein zentraler Punkt war das geplante Projekt einer Seniorenwohnanlage im Stadtteil Ginsheim. Die Freien Wähler unterstützen dieses Vorhaben ausdrücklich, da es insgesamt 53 barrierearme Wohnungen für Seniorinnen und Senioren schaffen wird. Zusätzlich sind zwei Pflegewohngemeinschaften mit jeweils zwölf Bewohnerinnen und Bewohnern sowie eine Tagespflegeeinrichtung geplant.

Angesichts des derzeit unzureichenden Angebots an seniorengerechtem Wohnraum ist dieses Projekt aus Sicht der Freien Wähler dringend erforderlich, um den aktuellen und künftigen Bedarf zu decken. Aus diesen Gründen haben wir dem Beschluss zugestimmt.

Unterstützt wurde auch ein Antrag der FDP, der eine Prüfung der Regelungen zur digitalen Teilnahme an Sitzungen und Ausschüssen vorsieht. Ziel dieser Prüfung ist es, Erkenntnisse über die technischen Voraussetzungen sowie die zu erwartenden Kosten für die digitale Durchführung von Sitzungen zu gewinnen.

Einstimmig angenommen wurde ein Antrag der Freien Wähler zur Klärung der Eigentumsverhältnisse von Grundstücken und Straßen im Stadtgebiet Ginsheim-Gustavsburg, an denen die Stadt Mainz Eigentumsrechte geltend macht. In der Vergangenheit kam es bei verschiedenen Projekten immer wieder zu Unklarheiten hinsichtlich dieser Eigentumsverhältnisse.

Zum Hintergrund: Von 1930 bis 1945 war Ginsheim-Gustavsburg zeitweise nach Mainz eingemeindet. Die Rückgliederung nach Hessen erfolgte bereits im Jahr 1945. Dennoch beansprucht die Stadt Mainz bis heute Eigentumsrechte an einer Vielzahl von Grundstücken innerhalb des Stadtgebiets und der außerörtlichen Gemarkung. Aus Sicht der Freien Wähler muss geprüft werden, ob nach dem Zweiten Weltkrieg vertragliche, gesetzliche oder verwaltungsrechtliche Regelungen getroffen wurden, durch die diese Eigentumsrechte bei Mainz verblieben sind. Unser Ziel ist es, eine Rückübertragung, Ablösung oder anderweitige Regelung zugunsten der Stadt Ginsheim-Gustavsburg zu erreichen.

Endlich umgesetzt wurde ein gemeinsamer Antrag der CDU und der Freien Wähler aus dem Jahr 2022 zur Anbringung von Solidaritätsschleifen. Geplant ist, gelbe Schleifen zur Unterstützung der Bundeswehr sowie blau-rot-weiße Schleifen für Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste zeitnah an den Bürgerbüros anzubringen. Die Freien Wähler hätten sich allerdings eine schnellere Umsetzung gewünscht – der Veteranentag am 15. Juni wäre eine passende Gelegenheit gewesen.

Mit großer Mehrheit wurde zudem der Machbarkeitsstudie für ein gemeinsames Gebäude von Feuerwehr und Rathaus im Stadtteil Gustavsburg zugestimmt. Die Planungen können nun konkret fortgeführt werden. Dies ist ein wichtiger Schritt für den Brandschutz in Gustavsburg sowie für die städtischen Beschäftigten, denen moderne und zeitgemäße Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden sollen.

Auch im ersten Halbjahr 2025 konnten viele wichtige Entscheidungen getroffen werden. Wenn auch Sie uns bei unserer Arbeit unterstützen möchten, freuen wir uns über Ihre Kontaktaufnahme – persönlich oder über unsere Website: <https://www.fw-gigu.de>.